

Raymond Barre, Die Aussichten des europäischen Aufbaus nach der Haager Konferenz (14. January 1970)

Quelle: Bulletin der Europäischen Gemeinschaften. Februar 1970, n° 2. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

Urheberrecht: (c) Europäische Union, 1995-2012

URL:

http://www.cvce.eu/obj/raymond_barre_die_aussichten_des_europaischen_aufbaus_nach_der_haager_konferenz_14_january_1970-de-c558683c-8103-42de-8898-f5b24d6937c3.html

Publication date: 23/10/2012

Die Aussichten des europäischen Aufbaus nach der Haager Konferenz

von Raymond Barre,
Vizepräsident der Kommission

Obgleich 1969 nach den schweren Erschütterungen optimistisch ausklang, halte ich eine kritische Beurteilung der Lage für wünschenswert, damit nicht den durch das Haager Gipfeltreffen geweckten Hoffnungen früher oder später Enttäuschungen folgen. Mit ihrer Einigung über das Ob und Wie der Eröffnung von Verhandlungen mit den beitriftswilligen Ländern haben die Staats- und Regierungschefs eine Hypothek abgetragen, die der Tätigkeit der Gemeinschaft sehr abträglich war. Nun gibt es keinen Grund oder Vorwand mehr, die Prüfung der Maßnahmen zur Verstärkung der Gemeinschaft, die auch für eine erweiterte Gemeinschaft unbedingt erforderlich sind, hinauszuschieben. Da es an Worten nicht gefehlt hat, um die großen Aufgaben, die der Gemeinschaft bevorstehen, zu kennzeichnen, sei es mir erlaubt, einige Begriffe durchzuüben, wobei ich mich jedoch auf die Vollendung und Vertiefung der Gemeinschaft beschränke. Durch eine solche Übung können Fragen geklärt, gewisse Zweideutigkeiten beseitigt und der Anlaß gegeben werden, die zu überwindenden Schwierigkeiten und die zu unternehmenden Bemühungen richtig abzuschätzen.

Die „Vollendung“ war das für den 31. Dezember 1969 gestellte Ziel; eine Marathonsitzung nach alter Sitte hat es ermöglicht, das Ziel fristgerecht zu erreichen. Die Annahme der endgültigen Finanzregelung, die Zuweisung eigener Mittel an die Gemeinschaft und die entsprechende Stärkung der Haushaltsbefugnisse des Europäischen Parlaments sind ohne Zweifel bedeutsame Beschlüsse. Aber führen sie zur Vollendung des Gemeinsamen Marktes? Die Antwort richtet sich natürlich danach, was man für maßgebend hält. Denkt man dabei an die Vorschriften des Römischen Vertrages für die Übergangszeit? Dann muß anerkannt werden, daß diese Vollendung nur Stückwerk ist, da sie aufs Ganze gesehen weder die Niederlassungsfreiheit enthält noch den freien Kapitalverkehr, die gemeinsame Verkehrspolitik oder die Sozialpolitik, um nur die Hauptbereiche der gemeinschaftlichen Tätigkeit zu nennen.

Auch wenn man den Begriff der Vollendung auf den gemeinsamen Agrarmarkt beschränkt, kann die Schaffung einer endgültigen Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik nicht vollkommen befriedigen. Die Vorschriften, die den freien Verkehr der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die Gemeinschaftspräferenz und die Marktstützung gewährleisten, haben nämlich einen Sinn und eine Zukunft nur im Verhältnis zu der Agrarpolitik, die die Gemeinschaft einschlagen will. In dieser Hinsicht ist noch nichts vollendet. Die Gemeinschaft hat nämlich die Frage der in der Landwirtschaft zu erreichenden Ziele und der Mittel zu deren Verwirklichung noch nicht klar entschieden. Das eine muß anerkannt werden, daß ein gewerblicher gemeinsamer Markt durch einen landwirtschaftlichen gemeinsamen Markt zu ergänzen ist, der die notwendigen Marktorganisationen und Finanzierungsmechanismen enthält. Ein weiteres Problem besteht darin festzulegen, welchen Platz man der Landwirtschaft in der wirtschaftlichen Entwicklung der Gemeinschaft zuweisen will und welche Form der Landwirtschaft gefördert werden muß, um den wirtschaftlichen Gegebenheiten und sozialen Bestrebungen unserer Zeit zu genügen. Hierzu gehören ferner die Maßnahmen, die getroffen werden müssen, um den landwirtschaftlichen Betrieben Wohlstand und den Landwirten ein ausreichendes Einkommen zu sichern. Freier Verkehr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Stützung der Überschüsse sind keine Antwort auf diese Fragen. Das „Memorandum“, das die Kommission auf Anregung meines Freundes Mansholt vor einem Jahr gutgeheißen hat, beweist dies zur Genüge. Die derzeitigen Erörterungen über die Produktionslenkung, für welche andere Wege als die (der Logik des Gemeinsamen Marktes widersprechende) mengenmäßige Begrenzung gefunden werden müssen, zeigen klar, daß eine echte gemeinsame Agrarpolitik noch auszuarbeiten bleibt. Auch unter Berücksichtigung der zur Umgestaltung der Landwirtschaft erforderlichen Fristen und der wegen der Wähler gebotenen Vorsicht ist es wohl möglich, schrittweise zu einer besseren Anpassung der Erzeugung an die Nachfrage, einer rationelleren Preisgliederung und einer moderneren Betriebsführung zu gelangen. Der Augenblick ist jedoch gekommen, anzuerkennen, daß die Zukunft der Gemeinschaft in der Entwicklung ihrer Industrie liegt und daß eine leistungsfähige dynamische Industrie die Grundlage für eine befriedigende Lösung der Agrarfrage in der Gemeinschaft und die beste Möglichkeit für ein Gedeihen der Landwirtschaft darstellt.

Daher sollten wir „Vollendung“ nur eben für einen bequemen Begriff halten und uns dabei aber bewußt sein, daß die Verbundenheit unserer sechs Länder im Agrarbereich durch eine Politik abgesichert werden muß, deren Ziele und Mittel unverzüglich festzulegen sind, und daß andere Verbundenheiten mit dem gleichen Nachdruck wie in der Landwirtschaft entfaltet werden müssen.

In dieser Hinsicht ist es erfreulich, daß die Vertiefung oder *Verstärkung* der Gemeinschaft nunmehr Aufmerksamkeit erfährt. Man konnte sich ja in den vergangenen Jahren fragen, ob sich das europäische Aufbauwerk nicht darin erschöpfte, die Zölle zu beseitigen und finanzielle Übertragungen in die Landwirtschaft zu tätigen. Die EWG-Länder haben jedoch, als sie diesen Weg einschlugen, ein Instrumentarium geschaffen, dessen ordentliche Arbeitsweise vom Fortschritt auf anderen Gebieten abhängt, auf die man sich vielleicht nicht begeben möchte. Ist hier die „List der Vernunft“ am Werke, der Hegel so großen Wert beimaß? Es ist auf jeden Fall bezeichnend, daß gerade in dem Jahr, in dem die Zollunion verwirklicht und der gemeinsame Agrarmarkt beinahe vollständig errichtet worden war, Wirtschafts- und Währungsschwierigkeiten klar erkennen ließen, daß das Erreichte zusammenzubrechen drohte, wenn die Wirtschafts- und Währungspolitiken der Gemeinschaft in Zukunft unabgestimmt blieben. Diese Lehre der Tatsachen, die zu deutlich war, um überhört zu werden, wurde im Haag beherzigt. Ein Beweis dafür ist der Beschluß, schrittweise einen Plan zur Verwirklichung einer Wirtschafts- und Münzunion auszuarbeiten, wodurch die Vertiefung eine erhöhte Bedeutung gewinnt.

Nun geht es darum, zu Taten zu kommen. Die seit Monaten gemachte Erfahrung hinsichtlich der Kluft, die zwischen grundsätzlichen Besteuerungen und tatsächlichen Durchführungen besteht, befähigt mich natürlich zu einem abgewogenen Urteil. Gott weiß, ob ich gehört habe, daß meine Vorschläge zur wirtschaftlichen Konzertierung und Währungszusammenarbeit zu vorsichtig waren und daß man weiter gehen müsse! Wie kann man sich dann erklären, daß man solche Vorsicht aufwendet, vorsichtig zu sein? Oder ist das, was man vorgeschlagen hat, doch nicht so harmlos, wie behauptet wurde ... ?

Auch wenn man begrüßt, daß ein stärkerer politischer Wille geltend gemacht werden soll, so muß man sich vor jeglichem schwärmerischen Wunschbild hüten und sich klarmachen, was die schrittweise Errichtung der Wirtschafts- und Münzunion bedeutet.

Sie erfordert vor allem eine echte Änderung der Geisteshaltung. Bisher ging es in der Gemeinschaft darum, Kontingente und Zölle zu beseitigen, wobei man einem weltweiten Zuge zur Liberalisierung des Handels folgte; auf dem Agrarsektor spielten die wirtschaftlichen Interessen und einige politische Erwägungen mit; in beiden Fällen konnten kurzfristig Vorteile erzielt werden. Nun geht es darum, ein geschlossenes Wirtschafts-, Finanz-, Industrie- und Währungsgebilde zu errichten, d.h. die einzelstaatlichen Politiken schrittweise zu harmonisieren, um schließlich zu gemeinsamen Politiken zu gelangen. Unsere sechs Länder haben jedoch unterschiedliche Strukturen und Interessen, die nicht unbedingt gleichgerichtet sind; ihre wirtschaftlichen und sozialen Prioritäten sind nicht dieselben. Es wäre weltfremd zu denken, in kurzer Zeit könnten bundesstaatliche Strukturen geschaffen werden, die einen Finanzausgleich innerhalb der Gemeinschaft ermöglichen. Der einzige zur Zeit gangbare Weg besteht darin, daß die Mitgliedstaaten gemeinsame Ordnungen annehmen und einhalten, die eine Gleichrichtung der Wirtschaftspolitiken und die Durchführung gemeinsamer Maßnahmen zur Verringerung der strukturellen Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedstaaten ermöglichen. Mit anderen Worten: die Mitgliedstaaten müssen damit einverstanden sein, ihre Politiken den Zielen und Regeln der Gemeinschaft anzupassen. Dies ist ohne Anstrengung und gelegentliche Opfer nicht möglich. Daher muß sich der Wille der Staaten auf die Zustimmung der Öffentlichkeit stützen, die etwas verbindlicher sein sollte als Antworten auf Meinungsumfragen.

Um die Bedeutung der Aufgabe zu beurteilen, müssen auch einige innerstaatliche und internationale Erwägungen angestellt werden.

Im innerstaatlichen Bereich haben die Befürworter der europäischen Einigung wohlbekannt und kaum anfechtbare Gründe für die wirtschaftlichen Vorteile des Zusammenschlusses vorgebracht. Es muß jedoch festgestellt werden, daß heutzutage Nationen eine ausreichende wirtschaftliche Entwicklung und einen

ausreichenden sozialen Fortschritt erlangen können, wenn es ihnen gelingt, mit einer aktiven Politik der Investition und Innovation und durch Abkommen über die technische Zusammenarbeit mit anderen Ländern den freien Handel und die internationale Arbeitsteilung auszunützen. Beispiele hierfür sind die Schweiz und Schweden. Es besteht daher die Versuchung, die jeweiligen Vorteile der Integration und der Zusammenarbeit zu vergleichen und sich für letztere zu entscheiden, um eine größere Handlungsfreiheit zu behalten. Ein Land, das so entscheidet, ist nicht unbedingt zur Bedeutungslosigkeit verurteilt, wenn es sich der nach dieser Entscheidung erforderlichen harten Disziplin unterzieht, denn viel Mut ist nötig, um allein einer komplizierten Welt gegenüberzutreten.

Diese Versuchung ist um so größer, als zwischen den 50er und den 70er Jahren ein großer Unterschied besteht. Zunächst entsprach das Gemeinschaftsideal in unseren zerstörten und zerschmetterten Ländern, die dem kalten Krieg ausgesetzt waren, zum Teil der Sehnsucht nach einer Epoche, in der die europäischen Nationen einen unbestreitbaren Einfluß auf die Welt hatten; es wundert nicht, daß Großbritannien damals keine Eile hatte, der im Entstehen begriffenen Gemeinschaft beizutreten, da es siegreich aus dem Krieg hervorgegangen war und nicht zweifelte, auch in Zukunft eine weltweite Rolle spielen zu können. In den letzten zehn Jahren haben die Länder der Gemeinschaft unter verschiedenen Voraussetzungen ihren Wohlstand wiedererlangt, während sich das internationale Klima entspannte; die EWG-Länder sind daher in der Lage, wieder einen gewissen Einfluß in der Welt auszuüben. Wenn man unter diesen Bedingungen den europäischen Aufbau über das heute Erreichte voranbringen will, muß der Wille dazu umso stärker sein, da andere Möglichkeiten bestehen und die Errichtung der Wirtschafts- und Münzunion einen viel größeren Zwang auferlegen wird, als für die bisher angestrebten Ziele notwendig war.

Machen wir uns also nichts vor! Zur Zeit besteht in der Gemeinschaft eine Durchdringung der Märkte und eine ständig wachsende gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit als Folge des verstärkten Handels, es besteht aber keine eigentliche Integration auf struktureller und politischer Ebene. Dies gilt sogar für die Landwirtschaft, da die wichtigsten Fragen der Agrarpolitik weiterhin der Souveränität der Staaten unterliegen.

Die Wirtschafts- und Münzunion erfordert daher grundlegende Änderungen. Indem sich die Staats- und Regierungschefs dieses Ziel setzten, haben sie eine politische Entscheidung von beträchtlicher Tragweite getroffen, deren Ausmaß und Folgen klar beurteilt werden müssen.

Die Durchführung eines solchen Plans wird auf internationaler Ebene nicht ohne Folgen bleiben. Eine verstärkte Gemeinschaft muß ja ihre Persönlichkeit eindeutiger herausstellen und ihre Belange wirksamer verteidigen. Das Gewicht der Gemeinschaft innerhalb der internationalen Beziehungen wird jedoch Fragen aufwerfen, die heute weder von der Bedeutung noch von der Politik der einzelnen europäischen Staaten gestellt werden. Die Errichtung einer europäischen Wirtschafts-, Münz- und Finanzunion erfordert, daß eine internationale Ordnung neu überdacht wird, die nach dem Zweiten Weltkrieg um die Vereinigten Staaten aufgebaut wurde und deren Folgen deutlich erkennbar sind: heute ist die europäische Währung in der Tat der Dollar; die Federal-Reserve-Banken sind letzten Endes die Darlehensgeber der europäischen Zentralbanken; es gibt keinen europäischen Kapitalmarkt, sondern einen Euro-Dollar-Markt, die europäischen Industriestrukturen neigen dazu, durch Investitionen amerikanischer Firmen immer mehr aufgeteilt zu werden; die europäische Technik ist zu zersplittert, um mit der Technik jenseits des Atlantiks in Wettbewerb zu treten. Was ich sage, verrät keinen Antiamerikanismus in Bausch und Bogen, für den ich persönlich nichts übrig habe sondern ist nur eine Feststellung.

Wahrscheinlich wird die Verstärkung der Gemeinschaft das heutige Kräfteverhältnis umgestalten und zu Veränderungen führen, die eine Folge des Auftretens einer ausgleichenden Kraft innerhalb der internationalen Wirtschaftsbeziehungen sind. Sind diese Änderungen erwünscht und zulässig? Das europäische Bewußtsein unserer Länder wird in dieser Hinsicht gewiß auf die Probe gestellt.

Ob hinsichtlich der innerstaatlichen oder der zwischenstaatlichen Folgen — die erwünschte und zugleich notwendige Errichtung der Wirtschafts- und Münzunion dürfte daher schwierig sein; sie ist aber nicht unmöglich. Um mit dem Kardinal de Retz zu sprechen: Es ist Sache der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft, Außergewöhnliches vom Unmöglichen zu unterscheiden.

Anstatt zu sagen, nach der Haager Konferenz sei Europa nun im Begriff geschaffen zu werden, habe ich lieber darauf hingewiesen, daß unsere sechs Länder und die Staaten, die sich anschließen wollen, heute vor einer Grundsatzentscheidung stehen und daß jetzt der Augenblick ist, in dem Europa wirklich einen Willen benötigt.